

Pressemitteilung
Kiel, 29.11.2008

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Universität Flensburg: SSW fordert Solidarität der CDU-Abgeordneten Herold

Der SSW kritisiert die unsolidarische Haltung der Flensburger CDU-Landtagsabgeordneten Susanne Herold zur Universität Flensburg. (Flensburger Tageblatt vom 29.11.08) „Statt der Uni Flensburg zu drohen sollte Frau Herold sich vielleicht einmal Fragen, weshalb die Hochschule jetzt einen so massiven Hilferuf ausstößt“, sagt die Vorsitzende des SSW im Landtag Anke Spoorendonk.

„Es ist der absolute Gipfel, dass die Flensburger Abgeordnete Herold den Flensburgern androht, ihre Universität könne künftig auch in Kiel beheimatet sein, wenn die extrem unterfinanzierte Hochschule nicht von ihren finanziellen Forderungen an das Land abrückt. Damit zeigt Susanne Herold nicht nur, dass sie denn ernst der Lage nicht kapiert. Sie fällt auch ihren eigenen Wählerinnen und Wählern in den Rücken.“

Die Universität Flensburg ist seit jeher extrem unterfinanziert. Keine Hochschule in Norddeutschland wird von ihrer Landesregierung so stiefmütterlich behandelt. Irgendwann geht es so nicht weiter, und dieser Punkt ist jetzt erreicht. Das Land hat zwar 600.000 Euro mehr für 2008 und 1,4 Millionen extra in 2009 zur Verfügung gestellt. Aber diese Gelder reichen nicht, um die großen Lücken beim Lehrpersonal, in der Forschung und beim technisch-administrativen Personal auch nur annähernd zu schließen.

Für Flensburg kann es nur den einen Weg geben, eine angemessene Förderung für die Hochschule zu fordern, denn wir brauchen alle Bereiche der Universität für die Entwicklung unserer Region. Deshalb rufen wir die CDU-Abgeordnete Herold auf, sich darauf zu besinnen, wer sie gewählt hat. Es sind die Flensburgerinnen und Flensburger die zu Recht einfordern können, dass ihre Abgeordnete auch die Interessen ihrer Hochschule vertritt. Eine erste Chance hat sie am 10. Dezember, wenn der Landtag über den Antrag des SSW abstimmt, zusätzlich 500.000 Euro jährlich für die unterfinanzierte Verwaltung unserer Universität bereitzustellen.“

